Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 7. Oktober 2009
Ausgabe 191

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› OB Ude: Münchner Haushalt in Zeiten der Krise und des Richtungswechsels 4
› Ein 4:1 für die Städtefreundschaft 12
› Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern 13
› Rumänische Filmtage im Filmmuseum 13
› Fotoausstellung „Twist of fate" in der Rathausgalerie 14
› Ausstellung „Zimmer Frei" im Hotel Mariandl 15
› Lesung „Vollblutpflanzenfresser und Verdauungsphilister" 16
Antworten auf Stadtratsanfragen **17**
› Sind die Münchner Arbeitslosenzahlen geschönt? 17

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **20**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 8. Oktober, 10 Uhr,
Gasteig, Erdgeschoss, Raum 0.125, Rosenheimer Straße 5
Pressegespräch der Münchner Volkshochschule (MVHS) und der Pasinger Fabrik über die Schwerpunkte und das vielfältige Programm des gemeinsamen Themenherbstes „Im Zeichen der Freiheit – 20 Jahre friedliche Revolution in Deutschland und Europa" mit Dr. Susanne May, Programmdirektorin der MVHS, Frank Przybilla, Geschäftsführer Pasinger Fabrik, Stefanie Hajak, Fachgebietsleiterin Politik und Gesellschaft der MVHS, Katrin Hennig, Bereichsleiterin Theater und Literatur der Pasinger Fabrik, und Thomas Linsmayer, Bereichsleiter Ausstellung der Pasinger Fabrik.

Wiederholung
Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr,
Sozialreferat, Orleansplatz 11, erster Stock
Bürgermeister Hep Monatzeder eröffnet die Ausstellung „Die Verzauberten – Gesichter und Geschichten alter schwuler Männer". Sozialreferent Friedrich Graffe spricht Grußworte. Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftswerk der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Direktorium der Landeshauptstadt München und des Sub e.V., sie zeigt Portraits und Lebensgeschichten von elf schwulen Senioren sowie einen Überblick über die schwule Geschichte Münchens (Fotos von Susie Knoll). Kontakt und nähere Informationen: Koordinierungsstelle, Andreas Unterforsthuber, Telefon 23 00 09 42, E-Mail: a.unterforsthuber@muenchen.de, Internet: *www.muenchen.de/koordinierungsstelle*

Dienstag, 13. Oktober, 19 Uhr, Rathausgalerie, Marienplatz 8
Zur Eröffnung der Fotoausstellung „Twist of fate" („Wendung/Fügung des Schicksals") sprechen Stadträtin Monika Renner (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers sowie Johannes Muggenthaler, Kurator der Rathausgalerie. Die Ausstellung ist vom 14. Oktober bis 28. November, Dienstag bis Sonntag, 11 bis 19 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung bereits um 11 Uhr in der Rathausgalerie.
(Siehe auch unter Meldungen)

Dienstag, 13. Oktober, 19 Uhr, Hotel Mariandl, Goethestraße 51
Stadträtin Ursula Sabathil (CSU) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Zimmer Frei". Klaus von Gaffron (1. Vorsitzender Berufsverband Bildender Künstler München und Oberbayern e.V.) hält eine Einführung. Die Ausstellung ist vom 14. bis 18. Oktober, täglich von 12 bis 22 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 14. Oktober, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 14. Oktober, 18.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart) mit der Vorsitzenden Antonie Thomson.

Mittwoch, 14. Oktober, 19.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1
Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart).

Mittwoch, 14. Oktober, 19 Uhr,
Pfarrsaal St. Michael Lochhausen, Schussenrieder Straße 4 a
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 14. Oktober, 19.30 Uhr,
Pfarrsaal St. Michael Lochhausen, Schussenrieder Straße 4 a
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).

Meldungen

OB Ude: Münchner Haushalt in Zeiten der Krise und des Richtungswechsels

(7.10.2009) Die Haushaltsrede von Oberbürgermeister Christian Ude in der heutigen Vollversammlung des Stadtrats hat folgenden Wortlaut:

„Dies, meine Damen und Herren, ist meine 17. Haushaltsrede, und da gibt es ein unleugbares Problem: Viel Richtiges und Wegweisendes ist bereits gesagt worden: beispielsweise über die Notwendigkeit, auch die Einnahmen zu steigern, wenn die Ausgaben auf allseitiges Drängen vermehrt werden, oder über die Vorzüge einer antizyklischen Finanzpolitik, die zum Markenzeichen des Münchner Rathauses geworden ist und uns einsame Investitionsrekorde auch in dürren Jahren bescherte und allein in den drei fetten Jahren von 2006 bis 2008 über eine Milliarde Euro an Schulden abbauen ließ.

Alle finanzpolitischen Erkenntnisse und Grundsätze der Münchner Stadtratsmehrheit zu wiederholen, wäre zwar berechtigt, aber von geringem Neuigkeitswert. Deshalb konzentriere ich mich auf zwei Umstände, die neu sind: Dies ist der erste Haushalt in Zeiten der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, und es ist der erste nach dem politischen Richtungswechsel vom 27. September 2009.

I. Erfahrungen mit der Krise

Vor exakt einem Jahr konnten wir an dieser Stelle zwar die Ursachen und Ausmaße der Finanzkrise beschreiben, nicht aber ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Ich habe dazu am 8. Oktober letzten Jahres gesagt: „Wie wird sich die Weltwirtschaftskrise auf München auswirken? Um ehrlich zu sein: Ich weiß es nicht!"

Heute wissen wir immerhin, dass die ersten zwölf Monate glimpflicher verlaufen sind, als es in manchem Schreckensszenario beschrieben wurde. Dies könnte ja auch dafür sprechen, dass die vereinbarten Reaktionen der Staatengemeinschaft und auch das Krisenmanagement in Deutschland besser waren als in den Zwanzigerjahren und auch besser als die leichtfertige und wohlfeile Kritik, man hätte systemrelevante Banken, gefährdete Branchen und bedrohte Unternehmen ja auch einfach absaufen lassen und damit viel Steuergeld sparen können. Wir sollten nicht vergessen, dass die schon vorher brodelnde Krise erst explodierte, als die mittlerweile abgewählte Bush-Regierung eine Bank versinken ließ. Rettungsmaßnahmen für Banken, deren aberwitzig überbezahltes Management Milliarden versenkt hat, sind also wohl nicht nur unerträglich, sondern auch unvermeidbar.

Unverzichtbar ist es aber auch, dass aus dem Scheitern der entfesselten Finanzmarktkräfte alle erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, damit sich ein solcher Kollaps der Finanzmärkte, ein solcher Crash des Kapitalismus nicht wiederholen kann.
Der Ausgangspunkt war

- die Deregulierung der Finanzmärkte, die Entfesselung der Akteure,
- die Zurückdrängung staatlicher Kontrolle und Bankenaufsicht,
- die Genehmigungsfreiheit auch noch der fragwürdigsten Finanzprodukte,
- die dubiose Rolle der Rating-Agenturen,
- die Ausrichtung des Managements an äußerst kurzfristigen und gleichzeitig überzogenen Renditeerwartungen,
- der international immer weiter vorangetriebene Verzicht auf Nachhaltigkeit,
- die fast vollständige Abkoppelung der irreführend sogenannten „Finanzindustrie" von der Realwirtschaft sowie
- die gleichzeitige Diskreditierung jeden sozialen Ausgleichs von der Lohn- bis zur Steuerpolitik.

Dieser Themenkomplex, der von der Haushaltslage deutscher Großstädte nicht zu trennen ist, wird uns noch Jahre beschäftigen. Ich möchte heute nur klarstellen: Wir dürfen diese Ursachen der Krise beim Übergang zur Tagesordnung nicht vergessen und wir dürfen nicht zulassen, dass die Urheber der Krise sich schon in die nächsten unverantwortlichen Finanzabenteuer stürzen, während die Kommunalpolitiker angeprangert werden, weil sie krisenbedingt nicht genug Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung oder des Nahverkehrs oder von Konzertsälen locker machen können.
Die Krise wurde nicht in den Rathäusern, sondern in Bankhäusern produziert – dorthin sind bitte auch die Beschwerden zu richten!
Sicher ist gegenwärtig nur eines: Die Krise ist noch nicht vorbei. Deswegen haben wir bei der Prognose der Haushaltsentwicklung immer noch schwankenden Boden unter den Füßen. Wir wissen noch nicht einmal, wieviel die staatlichen Schutzschirme den Steuerzahler am Ende tatsächlich kosten werden. Um nur zwei Münchner Institute zu nennen: Bei der Bayerischen Landesbank geht es um bis zu zehn Milliarden, bei der Hypo Real Estate sogar um mehr als 100 Milliarden! München ist nicht nur Opfer, sondern auch Tatort der Krise.
Dabei ist die Inanspruchnahme staatlicher Hilfen keineswegs die einzige Auswirkung des Landesbankdesasters. Wir haben es in der letzten Vollversammlung ausführlich diskutiert: In Bayern steht die größte Privatisierung auf dem Wohnungsmarkt bevor, weil sich die Landesbank von der GBW AG trennen muss, einer Wohnungsbaugesellschaft mit rund 10.000

Wohneinheiten in München und über 33.000 in Bayern. Bis heute ist unklar, ob die Regierungsparteien des Freistaates dort, wo sie tatsächlich Einfluss ausüben können, genauso mieterfreundlich agieren wie hier im Rathaus, wo es zunächst einmal nichts gekostet hat. Möglicherweise werden 10.000 Münchner Haushalte in einigen Jahren zu spüren bekommen, dass sie die Folgen der Krise ausbaden sollen, indem sie zum Spielball der Spekulation werden.
Auch die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Münchner Arbeitsmarkt sind noch nicht abzusehen. Bislang sind wir mit einer Arbeitslosenquote von 5,1 Prozent vergleichsweise günstig weggekommen. Wichtige Unternehmen vermelden wachsende Auftragseingänge. Auf der anderen Seite weiß niemand, ob die staatlichen Regelungen für das Kurzarbeitergeld verlängert werden und ob nach Ablauf der Fristen aus der Kurzarbeit Arbeitslosigkeit wird. Nur eines steht fest: Die Krise hat bereits das Steueraufkommen der Stadt um einige hundert Millionen reduziert und der Arbeitskreis Steuerschätzung rechnet mit weiteren Mindereinnahmen bei sämtlichen öffentlichen Haushalten. Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben, bei zunehmender Arbeitslosigkeit sogar in sprunghafter Weise.
Mit einem Wort: Wir haben die Krise nicht hinter uns, sondern stecken mittendrin, da wir es unaufhaltsam mit sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben zu tun haben werden.
Dies unterscheidet uns nicht von Bund und Land. Wir sollten uns aber von anderen politischen Ebenen durch größere Ehrlichkeit unterscheiden, indem wir offen zugeben, dass bei krisenbedingt wachsenden Ausgaben und erschreckend sinkenden Einnahmen nicht auch noch kurzfristige Erfolge beim Schuldenabbau oder gar tiefgreifende Einnahmeverzichte möglich sind.

II. Nach der Wahl

Die zweite gravierende Veränderung seit unserer letzten Haushaltsdebatte liegt in der Richtungsentscheidung vom 27. September. Der Pulverdampf des Wahlkampfs hat sich verzogen und „Nachtreten" gehört sich nicht. Deshalb möchte ich, wie es sich für eine gute Demokratie gehört, zuerst den Siegern gratulieren, also hier im Hause der FDP, die gewaltige Stimmenzuwächse verzeichnen konnte, und der CSU, die trotz beachtlicher Stimmenverluste die mit großem Abstand größte Partei geblieben ist und mit ihrem Wunschpartner FDP eine Koalition bilden kann. Wer eine Wahl verloren hat, und dies gilt zweifellos vor allem für uns Sozialdemokraten, sollte an sich arbeiten und nicht an der Urteilskraft der Wählerinnen und Wähler zweifeln. FDP und CSU werden mir darin zustimmen, sie haben ja keinen aktuellen Anlass, die Urteilskraft der Wählerschaft in Zweifel zu ziehen. Bedenken Sie aber bitte auch den folgenden Hinweis: Die unzweifel-

hafte Urteilskraft der Wählerinnen und Wähler kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie sich in München für eine rot-grüne Mehrheit im Stadtrat bis zum Mai 2014 entschieden haben! Natürlich ist politischer Erfolg vergänglich – aber dies gilt für jeden politischen Erfolg. Absolut sicher ist – was die Zukunft betrifft – nur eines: 2013 kommt vor 2014. Vielleicht wissen wir alle miteinander bereits 2013 mehr über die Vergänglichkeit politischer Siege. Um es mit den Worten eines großen bayerischen Philosophen zu sagen: „Schau mer mal, dann seh mas scho!"
Zunächst einmal wünsche ich aber der Koalition bei der Lösung der bedrückenden Probleme und bei der Bewältigung ihrer Aufgaben eine glückliche Hand! Schließlich wurde der Richtungswechsel von einer Mehrheit der Wählerschaft gewünscht, und diese Richtungsentscheidung ist auch zu respektieren, wenn man anderer Ansicht war.
Außerdem sollten gerade Parteien wie meine, die gerade dabei ist, für die Zukunft eine sozialere Politik zu versprechen als sie in der Vergangenheit praktiziert wurde, dieses Recht auf positive Wandlungsprozesse auch der politischen Konkurrenz zugestehen. Es kann sich ja durchaus herausstellen, dass die Kanzlerin tatsächlich die in einigen Teilbereichen durchgesetzten Mindestlöhne erfolgreich verteidigt, wie sie es nach der Wahl in Aussicht gestellt hat. Es kann ja sein, dass der Kündigungsschutz im Arbeitsrecht und die Mitbestimmung und auch der Mieterschutz nicht angetastet werden und dass die Kanzlerin auch mit neuem Koalitionspartner zu ihrem Versprechen auf dem letzten Deutschen Städtetag in Bochum steht, wonach sie an der Gewerbesteuer festhalten und keinem Druck zu ihrer Demontage nachgeben werde. Für den sozialen Frieden in unserem Land und ganz besonders in den Städten wäre dies jedenfalls zu wünschen.

III. Die Skepsis bleibt

So sehr wir uns im Interesse der Menschen einen solchen schwarz-gelben Läuterungsprozess wünschen möchten, so wenig können wir darauf vertrauen. Mit welchem Versprechen Schwarz-Gelb die Wahlen gewonnen hat, fasste mein Gegenkandidat von 1993, Peter Gauweiler – damals kamen wir zu zweit auf mehr als 95 Prozent! – letzte Woche wie folgt zusammen: „Der Finanzminister Westerwelle muss die Steuern senken, dass allen die Spucke wegbleibt. Darüber haben die Wahlkampf-Lager doch am ernsthaftesten gestritten und das war das zentrale Thema für das Entscheidungsverhalten der Wähler am letzten Sonntag." Dem stimme ich ausdrücklich zu! Die Glaubwürdigkeit von Schwarz-Gelb steht und fällt mit dem zentralen Thema der versprochenen Steuersenkung, die jeden Erwerbstätigen reichlich bedenkt und auch noch die Wirtschaft in Schwung bringt. So haben Sie gewettet – topp, die Wette gilt.

Peter Gauweiler hat auch schon klar gesagt, wie viel Zeit Ihnen dafür zur Verfügung steht: „Um das zu beweisen, hat die Regierung Merkel/Westerwelle genau acht Monate, bis zum Mai 2010, dann sind Wahlen in Nordrhein-Westfalen, und bis dahin reicht die Mehrheit von Schwarz-Gelb im Bundesrat. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt die große Steuersenkung nicht etabliert ist, wird Merkel/Westerwelle zu Kohl/Kinkel und wird auch so enden wie Kohl/Kinkel."

Nun ist es ja nicht so, dass die Berufstätigen keine Entlastung verdient hätten. Natürlich haben sie das! Aber auch Sie mit Ihrem unverbrüchlichen Glauben an die wundersame Selbstfinanzierung von Steuergeschenken durch Wachstumsimpulse werden sich über die heutige Staatsverschuldung in Höhe von 1.700 Milliarden nicht einfach hinwegsetzen können. Sie werden präzise Auskunft geben müssen, wo angesichts atemberaubender Staatsverschuldung die zig Milliarden für Steuergeschenke herkommen sollen, wenn Sie den Wohlfühlstart Ihrer Koalition nicht durch harte Einschnitte stören und die früher kritisierte Staatsverschuldung nicht auch noch sprunghaft in die Höhe jagen wollen. Sie haben die Karte „Steuergeschenke" gezogen und dürfen sich darüber freuen, dass sie sich am Wahlabend als Trumpfkarte erwiesen hat. Aber Sie haben alles auf die eine Karte gesetzt und werden in den nächsten Monaten nicht nur Freude daran haben.

Aus Gründen der Ausgewogenheit bestätige ich Ihnen aber gerne, dass das Wahlversprechen „Reichtum für alle" nach allem menschlichen Ermessen auch nicht realisierbar ist und dass die Zusage, viele soziale Leistungen, die aus finanzieller Not heraus gekürzt worden sind, wieder auf den Stand vor der Agenda 2010 anzuheben, immer noch eines seriösen Finanzierungsvorschlags entbehrt.

IV. Münchner Situation

Dass die Krise in der Stadtpolitik noch keine Verwüstungen anrichten konnte, ist der Münchner Situation gutzuschreiben. Wir haben in den vergangenen drei Jahren 2006 mit 2008 deutlich über eine Milliarde Schulden abgebaut, dies verschafft uns jetzt etwas Spielraum, wieder Darlehen aufzunehmen, um die Wirtschaft anzukurbeln, die Infrastruktur auszubauen und alle sozialen und kulturellen Leistungen trotz Krise aufrecht zu erhalten. Münchens antizyklische Politik hat sich voll bewährt, aber nur deshalb, weil die Stadtratsmehrheit in den wirtschaftlich erfolgreichen Jahren die Schuldenlast wieder zurückgeführt und alle Ansinnen der Opposition zurückgewiesen hat, die Einnahmen leichtfertig und voreilig zu reduzieren. Viele nationale und internationale Wirtschaftspolitiker entdecken erst jetzt wieder ihren Keynes, bei uns hat antizyklische Politik Tradition. Auch mit dem Haushalt, den wir heute einbringen, bleibt München Rekordmeister

bei den Investitionen, wenn auch nicht mehr auf dem extrem hohen Niveau der Vorjahre.
Über 35 Wohlfahrtsverbände und soziale Organisationen haben sich im Schatten der Krise versammelt, um gemeinsam einzufordern, dass die Bedürftigen und Schwachen nicht die ersten Opfer der gescheiterten Finanzabenteuer von Bankvorständen und Spekulanten werden dürfen. Diese Forderung entspricht nicht nur dem Verursacherprinzip und dem Gerechtigkeitsempfinden, sie ist auch ökonomisch sinnvoll, denn Kürzungen bei den Beziehern von Transfereinkommen und bei den untersten Einkommensgruppen würden sofort in gleicher Höhe die Binnennachfrage drosseln, die aber nötiger denn je gebraucht wird, um Exportrückgänge zu kompensieren.
Ich habe dem Bündnis gesagt, dass es 2009 keine Einbrüche bei den sozialen Leistungen und Angeboten geben wird. Diese Zusage wurde eingehalten. Für das Jahr 2010 konnte ich in Aussicht stellen, dass die Stadtratsmehrheit, die den Haushalt zu beschließen hat, wiederum alle sozialen Leistungen und Angebote aufrecht erhalten werde – allerdings unter einer Bedingung: die Belastung durch die Krise – geringere Einnahmen und höhere Kosten – darf nicht auch noch durch kommunalfeindliche Entscheidungen des Bundes verschlimmert werden! Dieser Vorbehalt ist höchst bedeutsam! Wenn der Bundestag die Gewerbesteuer demontieren oder die Einnahmen der Kommunen aus der Einkommenssteuer schmälern würde, kann kein einziger Stadtrat in Deutschland das bisherige Leistungsniveau aufrecht erhalten.
Wir wollen die Kinderbetreuung in München weiterhin ausbauen, um bei diesem Thema einsame Spitze in Bayern zu bleiben. Wir wollen die Schulstadt mit dem größten kommunalen Schulwesen der gesamten Bundesrepublik bleiben und wir verwahren uns dagegen, den Rotstift vorrangig im Kulturetat anzusetzen, nur weil dessen Leistungen „freiwillig" im Sinne der kommunalen Haushaltsordnung sind. Mit anderen Worten: Wir weigern uns, die Stadt kaputtzusparen, denn wir wissen, dass alle Bürger und übrigens auch die Repräsentanten der Bundesregierung und der Staatsregierung immer mehr von der Stadt erwarten und von ihr verlangen. Deshalb muss man ihr auch die erforderlichen Mittel geben, um die wachsenden Aufgaben bewältigen zu können.

V. Kommunale Forderungen

Deshalb müssen Deutschlands Städte und Gemeinden klare Forderungen an die Bundespolitik, aber auch an die Landesebene richten:

1. ***Hände weg von der Gewerbesteuer,*** da bin ich ja zum Glück mit sämtlichen Kollegen im Deutschen Städtetag und im Deutschen Städte- und Gemeindebund einig. Jeder Versuch, die Gewerbesteuer ganz oder teilweise durch notdürftige Hilfskonstrukte zu ersetzen, muss abgewehrt werden. Ich kann nur hoffen, dass die Bochumer Zusage der Kanzlerin Bestand hat, sie war ja an keine politische Konstellation geknüpft worden, sondern als persönliches Bekenntnis zu verstehen. Hier geht es nicht um irgendeinen finanzpolitischen Zank, der die Bürgerschaft kalt lassen kann, sondern um die Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen. Wer sich an der Gewerbesteuer als zentraler Einnahmequelle der Kommunen versündigt, zerstört die kommunale Selbstverwaltung in ihrem Kern. Dies müssen sich die FDP und der Wirtschaftsflügel der Union sagen lassen: Ein Anschlag auf die Gewerbesteuer würde von nahezu sämtlichen Kommunen in Deutschland und ihren demokratisch gewählten Repräsentanten als Kampfansage verstanden!
2. Genauso dürfen die ***kommunalen Einnahmen aus der Einkommenssteuer*** – die zweitwichtigste Einnahmequelle der Kommunen – ***nicht geschmälert werden.*** Der Bund und die Länder haben gerade in der letzten Legislaturperiode den Kommunen immer mehr Leistungen abverlangt, vor allem beim Ausbau der Kinderbetreuung. Selbst einstigen Gegnern von Krippenplätzen kann der Ausbau heute nicht schnell genug gehen. Dazu passt es nicht, den Kommunen gleichzeitig Finanzquellen abzugraben!
3. Gestern tagte in Berlin der Gesamtvorstand der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände. Wir haben übereinstimmend festgestellt, dass der Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz nur umgesetzt werden kann, wenn Bund und Länder den Bedarf, der erheblich über 35 Prozent liegt, endlich realistisch ermitteln und entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Nach dem Konnexitätsprinzip, das durch Volksentscheid auch in die Bayerische Verfassung hineingeschrieben wurde, sind die Länder verpflichtet, die zusätzlichen finanziellen Belastungen der Kommunen auszugleichen, die dadurch entstanden sind, dass die Länder im Bundesrat dem Rechtsanspruch zustimmten und die Trägerschaft der öffentlichen Jugendhilfe ausschließlich durch Landesrecht regelten.
4. Es darf ***keine Rekommunalisierung der Kosten der Dauerarbeitslosigkeit*** geben. Dass der Bund im Sozialgesetzbuch die finanzielle Verantwortung für diese Kosten übernahm, gehört zu den wenigen

strukturellen Verbesserungen zu Gunsten der Kommunen, die im vergangenen Jahrzehnt durchgesetzt werden konnten. Wir lassen an dieser Finanzverantwortung des Bundes nicht rütteln! Wir haben gestern festgestellt, dass der Bund den Kommunen mit den Unterkunftskosten eine dramatisch steigende Last aufgebürdet hat, während er selbst dank vorteilhafter Regelungen nur einen sinkenden Kostenanteil erbringen muss. Diese Selbstbegünstigung des Bundes ist nicht hinnehmbar!

5. Eine weitere Forderung, auf die sich alle kommunalen Spitzenverbände gestern verständigen konnten, lautet: ***Hände weg von den Sparkassen!*** Für München gilt in besonderer Weise, dass sich die Sparkasse in der Krise als solides Geldinstitut, als Finanzdienstleister für jedermann und als Standortvorteil für die örtliche Wirtschaft glänzend bewährt hat. Deshalb wehren wir uns gemeinsam gegen jeden Versuch, die Krise der Landesbanken auf die Sparkassen abzuwälzen. Dabei spreche ich nicht von den Lasten, die die Sparkassen als Miteigentümer selbstverständlich mittragen müssen. Ich spreche vielmehr von den Versuchen von Landesbanken, mangels eines eigenen tauglichen Geschäftsmodells den Sparkassen ruinöse Konkurrenz zu machen oder sich die Sparkassen einfach im Wege der so genannten „vertikalen Integration" einzuverleiben. „Hände weg von den Sparkassen" ist auch eine Konsequenz aus der Finanzkrise, die überdeutlich gezeigt hat, wo Schrottpapiere gestapelt werden und wo seriös gewirtschaftet wird!
6. ***Kein Zwang zur Privatisierung!*** Zu den Glaubenssätzen des neoliberalen Zeitgeistes, der 15 Jahre lang bis zum Ausbruch der Finanzkrise die öffentliche Debatte bestimmt hat, gehörte auch das Motto „Privat vor Staat". München ist zum Glück dieser Parole niemals auf den Leim gegangen, während der Freistaat sein Energieunternehmen und der Landkreis unter seiner damaligen Mehrheit seine beiden Kliniken auf Münchner Grund veräußert hat. Bei sämtlichen Bürgerentscheiden, die in Deutschland zu diesem Thema durchgeführt wurden, hat sich die Mehrheit gegen geplante Privatisierungen entschieden. Viele Kommunen, die ihre Betriebe verkauft haben, bemühen sich jetzt in ihrer Verzweiflung, die Betriebe zurückzukaufen oder neue zu gründen. München weiß wie kaum eine andere Stadt, wie stark der Haushalt von den Stadtwerken profitiert. Es geht, wenn man Gewinnausschüttung, Konzessionsabgabe und Gewerbesteuer zusammenzählt, jährlich immerhin um eine Viertelmilliarde! Und daneben sind die Werke auch noch in der Lage, in den kommenden drei Jahren drei Milliarden zu investieren, vor allem in erneuerbare Energien, in den öffentlichen Nahverkehr und in die schnellen Netze der Telekommunikation. Dieses

Investitionsprogramm wird es uns ermöglichen, die erste Stadt in Deutschland zu sein, die 2015 alle privaten Haushalte und 2025 sogar Privatkunden und Wirtschaftsunternehmen mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgen wird. So wird das ökonomisch bundesweit vorbild-liche Unternehmen auch zu einem ökologischen Vorreiter. Vor diesem Hintergrund sage ich an die Adresse der neuen Koalition: Starke Stadtwerke sind unverzichtbar, um Wettbewerb überhaupt erst einzuführen, Stadtwerke ermöglichen kommunale Mitwirkung in der Energiepolitik, starke Werke helfen mit ökologischem Knowhow der deutschen Wirtschaft neue Märkte zu erschließen. Deshalb darf es keine Behinderung kommunaler Betriebe im Wettbewerb geben und erst recht keinen Zwang zur Privatisierung!

VI. In die Zukunft blicken

Leider konnte ich im Rahmen dieser Haushaltsrede die Ursachen und Auswirkungen der Krise und die Konsequenzen, die nun zu ziehen sind, nur andeuten. In Wahrheit sind dies die bedeutsamsten Fragen, die wir jetzt politisch klären müssen – ganz bestimmt über den Schlagabtausch bei der Einbringung des Haushalts hinaus. Deshalb lade ich Sie ein, an der Zukunftsreihe mitzuwirken, die in wenigen Tagen beginnen wird und nicht nur Strategien zur Vermeidung von Finanzkrisen ausloten möchte, sondern auch Zukunftschancen: neue Technologien, neue Steuerungsinstrumente, neue städtebauliche Ideen und Innovationen, neue Formen der Großstadtmobilität, neue Antworten auf den demografischen Wandel und die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, neue Wachstumschancen, von den erneuerbaren Energien über die Life Sciences bis zum Gesundheitssektor. Nicht nur alle Beteiligungsgesellschaften der Stadt wirken mit, sondern auch viele Partner wie der Regionale Planungsverband und die Europäische Metropolregion, die Industrie- und Handelskammer und das Unternehmen BMW, die große Inzell-Runde und das Münchner Forum. Die Zukunft sollte uns keine Last sein, sondern eine Lust. Vielen Dank!“

Ein 4:1 für die Städtefreundschaft

(7.10.2009) Ein gutes Omen für das entscheidende WM-Qualifikationsspiel der deutschen Nationalmannschaft am kommenden Samstag: Die Münchner Stadtratsmannschaft gewann das internationale Freundschaftsspiel gegen die Kollegen aus Moskau souverän mit 4:1. Mit diesem Ergebnis könnte Fußball-Deutschland gut leben, denn es würde die direkte Teilnahme an der WM-Endrunde in Südafrika bedeuten.

Oliver Belik, Spielführer der Stadtratsmannschaft und Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion: „Wir sind mit diesem Ergebnis hoch zufrieden. Wichtiger ist aber, dass dieses Spiel erneut in einer sehr fairen und freundschaftli-

chen Atmosphäre stattgefunden und die Städtefreundschaft mit Moskau vertieft hat. Wir danken unseren Gästen aus der russischen Hauptstadt, insbesondere dem Zweiten Bürgermeister Jurij Roslyak, und der Hypovereinsbank, die uns ihre Anlage am Tucherpark zur Verfügung gestellt hat. Wir freuen uns auf ein sportlich-faires Wiedersehen im nächsten Jahr."

Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern

(7.10.2009) Mit dem Laubfall beginnt auch wieder die Saison der Laubbläser und Laubsauger. Diese Geräte sind eine oftmals unerträgliche Lärmbelästigung für Anwohnerinnen und Anwohner, Passantinnen und Passanten. Sie tragen mit ihren Abgasen zur Luftverschmutzung bei und führen örtlich auch zu einer Erhöhung der Staub- und Feinstaubbelastung. Besonders Laubsauger entfernen wichtige Bodenlebewesen, wie zum Beispiel Insekten oder kleine Igel und stören damit das natürliche Gleichgewicht im Boden. Die städtische Umweltberatung rät deshalb, den Einsatz der genannten Geräte möglichst einzuschränken.

Ist die Nutzung der Geräte nicht zu vermeiden, gelten folgende zeitliche Bestimmungen:

- Der ***gewerbliche Einsatz*** durch Hausmeistereien und Gärtnereien in Wohngebieten wird bundesweit durch die Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV) geregelt, die besagt, dass Laubsauger und Laubbläser werktags nur in der Zeit von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 17 Uhr betrieben werden dürfen.
- Den Einsatz der Geräte ***im privaten Bereich*** regelt die Münchner Hausarbeits- und Musiklärmverordnung. Danach dürfen Privatpersonen Laubsauger und Laubbläser Montag bis Samstag von 9 bis 12 Uhr und Montag bis Freitag zusätzlich von 15 bis 17 Uhr benutzen.

Wer die vorgeschriebenen Betriebszeiten nicht einhält, begeht eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einem Bußgeld belegt werden.

Weitere Informationen zum Einsatz von Laubbläsern und -saugern gibt es im Internet unter *www.muenchen.de/umweltladen*, am Umwelttelefon unter 2 33-2 66 66 und im städtischen Umweltladen am Rindermarkt 10. Die Öffnungszeiten des Umweltladens und die Sprechzeiten des Umwelttelefons sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17.30 Uhr.

Rumänische Filmtage im Filmmuseum

(7.10.2009) Im Rahmen der „Rumänischen Kulturtage München" zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, in Kooperation mit der Gesellschaft zur Förderung der Rumänischen Kultur und Tradition e.V. München und dem Centrul National al Cinematografiei, Bucu-

resti, neun neue Filme aus Rumänien in der Originalfassung mit englischen Untertiteln. Die Filmkritikerin und Drehbuchautorin Anca Gradinariu wird bei den Vorführungen am Freitag, Samstag und Sonntag eine Einführung halten.
Das gegenwärtige rumänische Kino ist vor allem auf internationalen Festivals vertreten und konnte dort beachtliche Erfolge erzielen. Im regulären Kinoprogramm dagegen ist es kaum präsent. Dabei zeichnen sich die Filme der rumänischen „Neuen Welle" durch eine ganz besondere visuelle Ästhetik aus; inhaltlich setzen sie sich häufig mit der rumänischen Vergangenheit auseinander und erzählen vom post-revolutionären Alltag des Landes.
Das Programm:
Freitag, 9. Oktober, um 21 Uhr:
- „Marilena de la P7 (Marilena von P7)", 2006, Regie: Cristian Nemescu, 45 Minuten
- „Alexandra" 2008, Regie: Radu Jude, 23 Minuten
- „Lampa cu caciula (Eine Lampe mit Mütze)", 2006, Radu Jude, 23 Minuten

Samstag, 10. Oktober, um 21 Uhr:
- „California Dreamin'/Nesfarsit – Carlifornia Dreamin'/Unendlich", 2007, Cristian Nemescu, 155 Minuten

Sonntag, 11. Oktober, um 21 Uhr
- „Politist, Adjectiv (Polizist, Adjektiv)", 2009, Regie: Corneliu Porumboiu, 115 Minuten

Dienstag, 13. Oktober, um 18.30 Uhr:
- „Valuri (Wellen)", 2007, Regie: Adrian Sitaru , 16 Minuten
- „Cealalta Irina (Die andere Irina)", 2009, Andrei Gruzsniczki, 95 Minuten

Mittwoch, 14. Oktober, um 18.30 Uhr:
- „O zi buna de plaja (Ein guter Tag zum Schwimmen)", 2008, Regie: Bogdan Mustata, 10 Minuten
- „Intilniri incrucisate (Gekreuzte Wege)", 2008, Regie: Anca Damian, 97 Minuten

Nähere Infos zu den Filmen unter *www.filmmuseum-muenchen.de.* Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Aufschlag bei Überlänge. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Fotoausstellung „Twist of fate" in der Rathausgalerie

(7.10.2009) Die Ausstellung „Twist of fate" zeigt Werkgruppen der Fotografen Yehuda Altmann, Olaf Unverzart und Alexandra Vogt. Der Titel „Twist of fate", in Anlehnung an einen Songtitel von Bob Dylan, versteht sich weniger als inhaltliche Vorgabe, denn als atmosphärische Begleitung der

düsteren Lyrik, des Melancholischen der fotografierten Orte und Szenerien. „Twist of fate", im Sinne von „plötzlicher Schicksalswechsel" oder „Fügung" bezeichnet die Empfindung des Erwartungsvollen, das sich bei der Betrachtung der gezeigten Fotografien einstellen kann.
Yehuda Altmann (geboren 1964) lebt und arbeitet in Paris und München. In der Ausstellung sind Werke aus seinem 1999 begonnenen vielteiligen Bilderzyklus „Items" sowie aus seiner dreiteiligen Serie „Definition" zu sehen. Olaf Unverzart (geboren 1972) erhielt in diesem Jahr den Förderpreis Fotografie der Landeshauptstadt München. Er zeigt in der Rathausgalerie großformatige Einzelmotive aus seiner Serie „Strata" sowie kleinere Fotoabzüge mit dem Titel „wish you were here". Die Malerin und Fotografin Alexandra Vogt (geboren 1970) präsentiert eine thematische Zusammenstellung von größtenteils neu produzierten Fotografien.
„Twist of fate" wird am Dienstag, 13. Oktober, 19 Uhr, mit Stadträtin Monika Renner (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Johannes Muggenthaler (Kurator) eröffnet. Die Ausstellung ist vom 14. Oktober bis 28. November, Dienstag bis Sonntag von 11 bis 19 Uhr, zu sehen. Der Eintritt ist frei.
Nähere Informationen sind unter *www.muenchen.de/rathausgalerie* abrufbar.

Ausstellung „Zimmer Frei" im Hotel Mariandl

(7.10.2009) „Zimmer Frei" heißt das Kunstprojekt, das seit dem Jahr 2000 vom Hotel Mariandl in der Goethestraße 51 gemeinsam mit dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München mit großem Erfolg veranstaltet wird. Der Titel ist gleichzeitig Programm: Auf zwei Etagen werden die Hotelzimmer von Künstlerinnen und Künstlern für fünf Tage gestaltet und der Öffentlichkeit als Ausstellungsort zugänglich gemacht. Der Hotelalltag wird durch die poetischen, witzigen und spannenden Kunstaktionen verändert: Ausstellungsbesucher und Kunstschaffende bewegen sich durch die Räume, während in anderen Etagen der Hotelbetrieb weitergeht. So kommt es zu unerwarteten Begegnungen und einer ganz besonderen Atmosphäre, die von Internationalität und Offenheit geprägt ist. Bildende Kunst, Design, Architektur und weitere künstlerische Professionen finden im Hotel Mariandl einen ganz besonderen Rahmen – die Arbeiten der 16 beteiligten Künstlerinnen und Künstler wurden speziell für „ihre" Zimmer entworfen. Es wirken mit Felix Burger, Motoko Dobashi, Michael Grudziekki, Hannes und Max Gumpp, Andréas Lang, Yvonne Leinfelder, Lukasz Lendzinski Andreas Mayer, Annnabell Mehraein, Nyghia Nuyen, Masayo Oda, Fabian Vogl, Johannes Wende, Stefan Wischnewski und Peter Wegend.

„Zimmer Frei" wird am Dienstag, 13. Oktober, um 19 Uhr mit Stadträtin Ursula Sabathil (CSU), in Vertretung des Oberbürgermeisters, und Klaus von Gaffron (1. Vorsitzender Berufsverband Bildender Künstler München und Oberbayern e.V.) im Hotel Mariandl, Goethestraße 51, eröffnet. Die Räume sind vom 14. bis 18. Oktober von 12 bis 22 Uhr zu besichtigen. Bei der „Langen Nacht der Museen" am 17. Oktober ist die Ausstellung sogar bis 2 Uhr nachts zu sehen. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen sind unter *www.muenchen.de/ausstellungen* zu finden, Pressefotos sind bei Mehmet Dayi unter mehmet.dayi@muenchen.de oder 2 33-2 37 84 erhältlich.

Lesung „Vollblutpflanzenfresser und Verdauungsphilister"

(7.10.2009) Die Matinee-Lesung in der Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23, am Sonntag, 11. Oktober, um 11 Uhr mit dem Titel „Vollblutpflanzenfresser und Verdauungsphilister" findet im Rahmen der aktuellen Ausstellung „Freie Liebe und Anarchie. Schwabing – Monte Verità. Entwürfe gegen das etablierte Leben" statt. Robert Joseph Bartl, Bayerisches Staatsschauspiel, liest Texte von Oskar Maria Graf. Moderiert wird die Lesung von Dr. Elisabeth Tworek, Leiterin der Monacensia, die auch die Texte ausgewählt hat. Der Eintritt kostet 5 Euro, Karten sind ab 10.30 Uhr an der Tageskasse erhältlich.

Im Frühjahr 1913 kehrte Oskar Maria Graf, damals Mitglied der anarchistischen Gruppe „Tat" um Erich Mühsam, der Schwabinger Bohème den Rücken. Zusammen mit seinem Freund, dem angehenden Maler Georg Schrimpf, machte er sich für mehrere Monate auf in die freie Schweiz, nach Brione, Locarno, Ascona, und selbstverständlich besuchten sie auch den Monte Verità. Das naturnahe Leben in den vegetarischen Siedlungen bei den Lebensreformern, Rohköstlern und Nacktbadern gefiel ihnen zunächst. Doch mit der Zeit stellte Graf fest, dass Zivilisationsflucht seine Sache nicht war, das Sonnenparadies geriet ihm „zu still, zu gemütlich, zu reizlos". Über seine Erlebnisse berichtet er in seinem Bekenntnisroman „Wir sind Gefangene«, in dem er schließlich ein hartes Urteil fällt: „Diese ganze Naturtrottelei kann mir gestohlen bleiben! Das ist was für Verdauungsphilister und Grasfresser!".

Die Ausstellung „Freie Liebe und Anarchie. Schwabing – Monte Verità. Entwürfe gegen das etablierte Leben" ist noch bis zum 13. November in der Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23, zu sehen. Öffnungszeiten von Montag bis Mittwoch von 9 bis 17 Uhr, Donnerstag von 10 bis 19 Uhr, Freitag von 9 bis 15 Uhr. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen im Internet unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia*

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 7. Oktober 2009

Sind die Münchner Arbeitslosenzahlen geschönt?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 20.7.2009

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Herr Oberbürgermeister hat mich mit der Beantwortung der Anfrage beauftragt; für die gewährte Fristverlängerung, die wir für die Einbeziehung der Agentur für Arbeit München benötigten, bedanke ich mich.

In Ihrer Anfrage vom 20.07.2009 führten Sie als Begründung aus:

„Laut vorliegenden Informationen werden bei der Berechnung der Arbeitslosigkeit in Deutschland wesentliche Faktoren aus der Arbeitslosenstatistik ausgeklammert. So werden weder Arbeitslose, die krank sind, noch die meisten Arbeitslosen die älter als 58 Jahre alt sind, zu den Arbeitslosen dazu gezählt. Auch Menschen, die einen Ein-Euro-Job haben oder an einer Weiterbildung teilnehmen, werden nicht in der Arbeitslosenstatistik berücksichtigt. Die Angaben über die oben genannten Gruppen werden in separaten Statistiken aufgeführt. Dies legt die Vermutung nahe, dass auch die Angaben über die Arbeitslosenzahlen in München nicht die tatsächliche Arbeitslosigkeit widerspiegeln..."

Vor diesem Hintergrund baten Sie dann um Darstellung der „tatsächlichen Arbeitslosenzahlen" in München nach einem bestimmten Schema.

1. Zu Ihren Ausführungen darf ich Ihnen folgendes mitteilen:
Was die Erfassung und statistische Ausweisung von arbeitslosen Personen anbelangt, so erfolgt die hierfür notwendige Definition durch den Bundesgesetzgeber. Die entsprechenden Regelungen finden in den Sozialgesetzbüchern III und II ihren Niederschlag.
Arbeitslos sind demnach Personen, die
- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen,
- sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben,
- der Agentur für Arbeit für deren Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen.

Teilnehmende an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten per Gesetz als nicht arbeitslos.

Basierend auf diesen Bestimmungen werden die monatlichen Arbeitsmarktberichte bundesweit einheitlich erstellt.
In den Arbeitsmarktberichten finden sich in übersichtlicher Form, dargestellt auf der Seite "Eckwerte des Arbeitsmarktes" neben der Anzahl der Arbeitslosen auch die Anzahl der Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitmarktpolitik, so dass unter Kenntnis der gesetzlichen Definition ein zahlenmäßiger Überblick zur Arbeitsmarktsituation gegeben ist.
Von Ausnahmen abgesehen, ist dieser Überblick grundsätzlich abschließend.

Ausnahmen gibt es für den Rechtskreis des Sozialgesetzbuches II; dort werden unter folgenden Annahmen erwerbsfähige Hilfebedürftige nicht als arbeitslos gezählt:

- Beschäftigung liegt vor, das erzielte (zu geringe) Einkommen erfordert jedoch eine Aufzahlung durch Arbeitslosengeld II,
- wenn diese aus Gründen wie (z.B.) Kindererziehung und Pflege von Angehörigen der Vermittlung nicht zur Verfügung stehen können,
- wenn diese über 58 Jahre alt sind und ihnen innerhalb eines 12-monatigen Leistungsbezugs keine versicherungspflichtige Beschäftigung angeboten werden konnte (Regelung seit 01.01.08).

Diese Personen zählen somit nicht als arbeitslos, sind aber dennoch Leistungsbezieher im SGB II.

2. Zu der von Ihnen gewünschten Darstellung der „tatsächlichen Arbeitslosenzahlen" in München:
Da hier räumlich-funktionale Zusammenhänge eines Wirtschaftsraums maßgeblich sind, berichtet das Referat für Arbeit und Wirtschaft regelmäßig über die monatliche Entwicklung im Agenturbezirk München und nicht über die in der Kernstadt.
Die Agentur für Arbeit München wurde um Aufschlüsselung der entsprechenden Zahlen für den Agenturbezirk gebeten. Die folgende Darstellung reicht über das von Ihnen gewünschte Schema hinaus und bietet somit einen noch detaillierteren Überblick.
Die Agentur für Arbeit München hat für den Berichtsmonat Juli 2009 folgende Zahlen zur Verfügung gestellt:

Arbeitslose	***59.991***
darin enthalten: kranke Arbeitslose (bis zu 6 Wochen)	2.408
Arbeitslose ab 58 Jahren mit Rentenantragstellung (zum 01.01.08 entfallen)	0

Personen mit einer Krankheitsdauer von bis zu 6 Wochen sind in der Arbeitslosenzahl enthalten. Bei längerer Erkrankung ist die Annahme, dass die Person der Agentur für eine Vermittlung nicht zur Verfügung steht und somit auch nicht als arbeitslos zu betrachten ist (s.o. Definition). Die von Ihnen gewünschte Aufzählung von über 58-Jährigen, welche einen Antrag auf Altersrente gestellt haben, ist nicht (mehr) möglich, da diese spezielle Nutzungsmöglichkeit (eine Regelung des SGB III) seit 2008 nicht mehr gegeben ist.
Die hier genannte Zahl von 59.991 Personen entspricht somit der Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen im Agenturbezirk München.

Die Zahl der Personen, die im Juli arbeitsmarktpolitische Maßnahmen besucht haben, entnehmen Sie bitte beigefügter Anlage der Bundesagentur für Arbeit.

Die Agentur für Arbeit München erstellt ihre monatlichen Arbeitsmarktberichte entsprechend den oben genannten Vorgaben. In diesen Berichten findet sich neben den Zahlen an Arbeitslosen und Personen in Maßnahmen auch eine Darstellung der Struktur der Arbeitslosen, die Anzahl der Leistungsempfänger und die Dynamik (Zu- und Abgänge, sowohl an Arbeitslosen als auch an gemeldeten Stellen), die der Arbeitsmarkt entwickelt.

Die Definition von „Arbeitslosigkeit" kann nicht lokal eigenständig vorgenommen werden; es sind immer die bundesweit gültigen Vorgaben anzuwenden.

Die Anlage kann im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat" auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 7. Oktober 2009

Runder Tisch des RGU mit gesetzlichen Krankenkassen zur Prävention und Gesundheitsvorsorge
Antrag Stadtrats-Mitglieder Monika Renner, Klaus-Peter Rupp und Dr. Inci Sieber (SPD)

Strompreissenkungen angesichts der Entwicklung an der Strombörse?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion . Rathaus . 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Monika Renner
Stadträtin

Klaus-Peter Rupp
Stadtrat

Dr. Inci Sieber
Stadträtin

München, 7. Oktober 2009

Runder Tisch des RGU mit gesetzlichen Krankenkassen zur Prävention und Gesundheitsvorsorge

Antrag:

Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) wird gebeten zu prüfen, ob und in welcher Form sich die gesetzlichen Krankenkassen in München an Projekten der kommunalen Gesundheitsvorsorge und Prävention beteiligen möchten.

Begründung:

Die gesetzlichen Krankenkassen bieten eine Vielzahl von Programmen und Aktionen zur Gesundheitsförderung und Prävention an (Rückenschule, Stressabbau, gesunde Ernährung, Raucherentwöhnung etc.). Teilweise erfolgt Prävention auch in Setting-Ansätzen, zum Beispiel beim Thema Ernährung an Schulen oder Kindergärten. Bei einem Fachgespräch des Gesundheitsbeirats haben Kassenvertreter grundsätzlich die Bereitschaft signalisiert, hier enger zusammenzuarbeiten bzw. Absprachen zu treffen. Angeregt wurde u.a., ein koordinierendes Forum einzurichten.

gez.
Monika Renner
Stadträtin

gez.
Klaus-Peter Rupp
Stadtrat

gez.
Dr. Inci Sieber
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Anfrage
07.10.09

Strompreissenkungen angesichts der Entwicklung an der Strombörse?

Der Verivox – Verbraucherpreisindex Strom errechnet für einen Musterhaushalt mit einem Stromverbrauch von 4000 kWh derzeit durchschnittlich 894,40 € Stromkosten pro Jahr. Der SWM Preis für die Strom - Grundversorgung liegt mit 912,37 € darüber; für den M - Strom – Komfort berechnen die SWM 864,28 €, also knapp 3,5 % weniger.

An der Strombörse haben sich die Großhandelspreise im Laufe des letzten Jahres halbiert. Diese günstigeren Strompreise haben sich laut statistischem Bundesamt auf die Abgabepreise an die Stromversorger und an die Großabnehmer ausgewirkt. Im Verivox - Portal wird ausgeführt, dass im Vergleich zum August 2008 die Preise für Versorger im Juli 2009 um 19,3 % und für Vertragskunden gleichen Zeitraum um 8,5 % gefallen seien. Hingegen sind die Preise für Einzelkunden im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 % angestiegen. Die SWM - Strompreise bewegen sich annähernd auf der Höhe des angehobenen allgemeinen Strompreisniveaus. Im Vergleich des Internetportals check24 rangieren die Stadtwerke mit ihrem M-Strom weit hinter ferner liefen und sind über ein Drittel teurer als der günstigste Anbieter.

Daher wird Oberbürgermeister Christian Ude als Vertreter des Gesellschafters der SWM beauftragt, die Werke zu veranlassen, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit darzustellen wie folgt:

1. Wie wirkt sich aktuell die Entwicklung an der Strombörse auf die Beschaffungspreise der SWM aus?
2. Haben die Preissenkungen an der Strombörse bereits zu Preisreduzierungen der SWM bei Großabnehmern geführt?
3. Wenn ja, warum wurden nicht auch die Stromeinzeltarife gesenkt?
4. Wann ist mit einer Preissenkung für die Einzeltarife zu rechnen und wenn ja, in welcher Höhe?
5. Wie begründet der kommunale Stromversorger im Vergleich zu den erheblich günstigeren Anbietern seine offensichtlich zu hohen Strompreise?

gez.
Marian Offman, Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de
Marian Offman; Nederlingerstr. 61; 80638 München